

Mordfall Samuel Kofi Yeboah

Die Aufarbeitung des saarländischen Staatsversagens und Erfolge antirassistischer Arbeit

Am 9. Juli 2024 ging vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Koblenz nach 18 Prozesstagen der zweite Prozess zum Mord an Samuel Yeboah zu Ende. Das OLG Koblenz sprach den Angeklagten Peter St. im 2. Prozess nach 18 Prozesstagen frei. Das Gericht sah es als nicht erwiesen an, dass er den bereits im ersten Yeboah-Mordprozess, der im November 2022 begann und im Oktober 2023 nach 48 Prozesstagen endete, zu sechs Jahren und zehn Monaten verurteilten Täter Peter S. zur Tat angestiftet habe. Die Anklage (Generalbundesanwaltschaft) sprach von psychischer Beihilfe, die der Anführer der Saarlouiser Naziskins am 19.9.1991 geleistet habe. Der Saarlouiser Brandanschlag stehe in einer Reihe ähnlicher Anschläge gegen Flüchtlinge. Dem folgte das Gericht nicht. Auch aus den Aussagen des Hauptbelastungszeugen Heiko S. – einem Aussteiger aus der Naziszene - lasse sich keine direkte Auforderung oder Beihilfe zur Tat durch den Angeklagten ableiten. Letztlich erfolgte der Freispruch, weil ihm nicht nachgewiesen werden konnte, dass er in der Nacht vor der Tat – salopp formuliert – eine Checkliste für die Ausführung des Brandanschlags erstellte und diesen in Auftrag gab. Allerdings hielt das Gericht fest, der Angeklagte, der die Führungsperson der Saarlouiser Naziszene der 1990er war, habe nach wie vor eine deutlich ausländerfeindliche Gesinnung und hänge bis heute der NS-Ideologie an. Inzwischen wurde gegen den Freispruch vom Generalbundesanwalt Revision eingelegt.

DAS SAARLÄNDISCHE STAATSVERSAGEN AUF DER ANKLAGEBANK

Die beiden Prozesse waren der vorerst letzte juristische Akt in dem 30 Jahre lang währenden saarländischen Staatsversagen. Polizei, Justiz und Parteipolitik verweigerten 30 Jahre lang die Aufklärung dieses rassistischen Anschlages. Rund zwanzig (!) Brand-, Bomben-, Mord- und Terroranschläge gegen Flüchtlinge und gegen Linke geschahen in der Regierungszeit von Oskar Lafontaine als Ministerpräsident und von Friedel Läßle als Innenminister. Aufgeklärt wurde nichts. Immerhin, der Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis-Fraulautern vom 19.9.1991 ist jetzt zu Teilen aufgeklärt. Bei diesem Anschlag kam der aus Ghana stammende 27jährige Samuel Kofi Yeboah ums Leben. Zwanzig andere Bewohner:innen des Hauses wurden verletzt und traumatisiert. Dass diese beiden Prozesse zustande kamen, dass seit 2020 seriös polizeilich ermittelt wurde und dass 2019 eine Zeugin sich bei der Polizei meldete, ist das politische Verdienst von drei Organisationen, Akti-

on 3.Welt Saar, Antifa Saar und Saarländischem Flüchtlingsrat, die gegen massive Widerstände und Anfeindungen 30 Jahre der offiziellen Version widersprachen. Ohne diese drei wären Samuel Kofi Yeboah und seine Mitbewohner als Menschen in Vergessenheit geraten.

DIE BAGATELLISIERUNG VON NAZIS

Vorher wurde von allen staatlichen Stellen dreißig Jahre lang die Existenz von handlungsfähigen Nazistrukturen in Saarlouis gelehrt oder sie wurden als Auseinandersetzung von linken und rechten Jugendlichen reflexhaft bagatellisiert. Dieses Hamsterrad des Kleinredens ist jetzt Geschichte. Mit zu dieser Bagatellisierung gehörte auch das Projekt „Akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen“, das vom evangelischen Jugendwerk in Abstimmung mit Land und Stadt in den 1990er Jahren in Saarlouis durchgeführt wurde. Die Annahme war, dass die rechten Skins, die meist gar keine Jugendlichen waren, zwar etwas überdreht, aber doch nett seien und nur irrtümlich den Hitlergruß zeigten und dass man dies mit pädagogischen Maßnahmen verändern könnte.

Letztlich war es ein Projekt, das den Nazis viel nützte, weil es ihnen doppelt Räume verschaffte: Räume für Treffen und Raum in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Ein Gespräch in der Redaktion der Saarbrücker Zeitung ist nur ein Beispiel. Den wenigen Antifaschist:innen schadete es. Für die Mitte der Gesellschaft war dieses Projekt eine Art selbst ausgestellter Persilschein, mit dem man sich entlastete und nach außen suggerierte, man würde etwas tun.

Als die Aktion 3.Welt Saar am 8.10.1996 im damaligen Saarlouiser „Alten Betriebs Hof“ („Kommunikationszentrum“) eine kritische Veranstaltung zu diesem Sozialarbeiterprojekt durchführte, mussten alle 120 Besucher:innen vom Parkplatz zum Veranstaltungsort durch ein Polizeispalier gehen. Die Polizei hat zwar niemandem den Zutritt verwehrt, aber allen den Eindruck vermittelt, eine zumindest anrühliche Veranstaltung zu besuchen. Referent war der Soziologe Alfred Schobert vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

EIN SZENE-AUSSTEIGER SAGT AUS

Neben der Aussage einer Zeugin bei der Polizei 2019 war der Szene-Aussteiger Heiko S., der in den 1990er Jahren als rechter Skinhead agierte und Mitte der 1990er ausstieg, von großer Relevanz. Er hat umfangreich bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft

und vor Gericht ausgesagt. In seinem Schlusswort hielt der Vorsitzende Richter Konrad Leitges fest, dass Heiko S. der einzige aus der Szene war, der die Seiten wechselte und auspackte. Bemerkenswert, so Leitges, sei auch, dass er aussagte, obwohl ihm ein Aussageverweigerungsrecht zustehe, weil gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen „damals“ laufe. Und so sehr sein Name in den Medien nicht in Gänze genannt wurde: Die Neonazis wissen, wie er heißt und wo er wohnt. Letztlich geht er ein hohes Risiko ob seines „Verrats“ ein und hat längst alle Brücken zu den Kameraden von damals abgebrochen. Gegenüber Medien lehnte er Gespräche ab und inszenierte sich auch nicht in Talkshows als Aussteiger.

FAZIT

1. Neben der Zeugenaussage von 2019, den polizeilichen Ermittlungen seit 2020 und den beiden Gerichtsverfahren seit 2022, die diejenigen politisch erwirkt haben, die dreißig Jahre lang widersprachen, wurden drei grundlegende institutionelle Veränderungen erstritten:

- ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, der das saarländische Staatsversagen auch politisch aufarbeiten soll,
- ein Entschädigungsfonds für die Opfer von Gewalttaten und
- die Einsetzung eines / einer Beauftragten gegen Rassismus

So sehr diese Erfolge aus der Zivilgesellschaft erstritten wurden, so sehr ist doch auffallend, dass die antirassistischen Organisationen, die fast ausschließlich auf hauptamtlicher Basis arbeiten, dabei fehlten. Erreicht wurden die politischen Erfolge von Organisationen wie dem Saarländischen Flüchtlingsrat, der Antifa Saar und der Aktion 3.Welt Saar. Unterstützt wurden sie von der Heinrich Böll Stiftung Saar, die beide Prozesse oft beobachtete. Mit zur Zivilgesellschaft gehören auch Zeitungen, Fernsehen und Radio, die regional und überregional über die Prozesse berichteten.

2. Was jetzt noch fehlt für die Aufklärung, ist die Offenlegung der Akten des Verfassungsschutzes, damit unabhängig geprüft werden kann, ob dieser „jemand in der Naziszene“ drin hatte, was im Prozess immer wieder vermutet wurde und warum im kleinen Saarland so viele unaufgeklärte Bomben-, Brand-, Mord- und Terroranschläge möglich waren.

3. Wichtiger als die individuelle Verurteilung der Angeklagten waren das Stattfinden der Prozesse, die umfangreichen Aussagen von Zeug:innen, die seriösen Ermittlungen der Polizei und der Generalbundesanwaltschaft, sowie die Präsenz der Opfer durch vier Nebenklageanwält:innen. Vor Gericht agierten dabei höchst unterschiedliche Akteure, die sich im „normalen“ Leben kaum begegnen: der fünfköpfige OLG-Senat, die Generalbundesanwaltschaft mit in jedem Prozess zwei Staatsanwält:innen, die vier



GEDENKTAFEL SAMUEL YEBOAH | FOTO AKTION 3. WELT SAAR

Nebenklagevertreter:innen und die Prozessbeobachter:innen aus der Zivilgesellschaft. Was sie über alle politischen wie kulturellen Grenzen hinweg eint und was sich als kleinste gemeinsame Schnittmenge herauskristallisierte, ist ihr Einsatz für Bürgerrechte und ihr Eintreten für die Republik. Und das ist in der heutigen Zeit sehr viel.

4. Am Rathaus von Saarouis oder in der näheren Umgebung fehlt eine Gedenktafel für Samuel Yeboah. Dabei gibt es eine, die zum zehnten Jahrestag des Anschlages am 19.9.2001 nach einer Erinnerungsveranstaltung am Rathaus angebracht wurde. Die Stadt montierte sie postwendend wieder ab, verklagte den Anmelder der Demonstration auf Schadensersatz und erstritt nach vier Jahren 134,50 € Strafe. Der gerade neu gewählte Saarlouiser OB, Marc Speicher (CDU) hat ab Oktober 2024 die Gelegenheit, dies zu ändern. Die Sandsteintafel trägt die Inschrift: „In Erinnerung an Samuel Yeboah, Flüchtling aus Ghana, am 19.9.1991 durch einen rassistischen Brandanschlag in Saarouis ermordet.“ So viel Erinnerung sollte in Saarouis machbar sein – im Zentrum. ■

ROLAND RÖDER und HANS WOLF
Mitarbeiter der Aktion 3.Welt Saar e.V.
und haben die beiden Yeboah-Mordprozesse in Koblenz begleitet.

INTERVIEW

EUWIS:

Welche Rolle kommt im Rahmen eures Engagements gegen Rechts dem Samuel Yeboah-Fall zu?

AKTION 3. WELT SAAR:

Der spielt eine große Rolle. Am Anfang standen das Drama des rassistischen Brandanschlages und der ermordete Samuel Yeboah

sowie 20 verletzte und traumatisierte Menschen, die 1991 in diesem Haus wohnten. Wir haben mit wenigen anderen 30 Jahre lang der staatlichen Vertuschung und Bagatellisierung – es waren nur Jugendliche und Rechte haben sich mit Linken geprügelt – widersprochen und letztlich diesen politischen Kampf gewonnen: Die Zeugenaussage 2019, die polizeilichen Ermittlungen ab 2020 und die beiden Gerichtsverfahren ab 2022 hätte es ohne unseren jahrelangen politischen Widerspruch nie gegeben. Im zweiten Schritt haben wir drei relevante institutionelle Veränderungen politisch erstritten: Den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den Entschädigungsfonds für Opfer von Gewalttaten und die Einsetzung eines oder einer Beauftragten gegen Rassismus.

EUWIS:

Welche Schlüsse sollte die Politik aus dem Prozess ziehen? Wie könnte die Bildungspolitik mit dem Fall umgehen?

AKTION 3. WELT SAAR:

Nationalsozialistische und antisemitische Einstellungen sind ein politisches Problem und kein pädagogisches. Menschen, die sich dazu aufschwingen, zu entscheiden, wer ein Lebensrecht hat und wer keins, zielen auf Vorteile für sich selbst. Ein politisches Problem kann nicht pädagogisch bekämpft werden. Deshalb sind alle Projekte „Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen“ in den 1990ern krachend gescheitert. Mehr noch: Diese Projekte haben bundesweit – auch in Saarlouis – die Nazistrukturen gestärkt und antifaschistische Gruppen massiv geschwächt. Man kann Nazis nicht mit pädagogischen Spielkreisen bekämpfen, denn sie wissen, was sie tun. Der von Woody Allen in seinem Film „Manhattan“ empfohlene Baseballschläger – in der Übersetzung wäre dies staatliche Gewalt in der Kombination mit einer politisch agierenden Zivilgesellschaft – ist da wirkungsvoller. Genau dies müsste eine seriöse Bildungspolitik, aber auch die Parteipolitik und die Politik der Zivilgesellschaft, offensiv vermitteln. Anfangen würde ich damit, dem nicht nur in Saarlouis 30 Jahre lang praktizierten Hamsterrad der Bagatellisierung – links gleich rechts, nur Jugendliche – einen Tritt zu verpassen. Das mag jetzt nicht pädagogisch ausgewogen klingen, aber man muss ja irgendwo anfangen.

EUWIS:

Wie erklärt ihr euch, dass solche rechtsextremen Gewalttaten immer wieder vorkommen? Warum gibt es immer wieder Einzeltäter und Gruppierungen wie den NSU, die sich radikalisieren?

AKTION 3. WELT SAAR:

Zwei Faktoren sind dafür entscheidend: Erstens eine Gesellschaft, die ein politisches Problem pädagogisch bekämpfen will und deswegen scheitern muss, weil bereits die Analyse falsch ist. Und zweitens haben wir ein Wirtschaftssystem, das auf privaten Profit orientiert ist. In dieser Logik zählt das „Ich“ und der Ellbogen mehr als die Gemeinschaft. Da ist die Ausgrenzung von Menschen, die

als minderwertig klassifiziert werden – Geflüchtete, Sinti und Roma, ärmere Menschen, Juden, Jüdinnen, Menschen mit Handicaps – im System vorgezeichnet. NSU und andere Nazis resultieren zu Teilen aus diesem nationalen und ökonomischen Egoismus, der sich übrigens auch bei einigen national orientierten Linken findet. Dies hat nichts mit Mangel an Bildung zu tun, sondern ist ein zielgerichtetes Verhalten mit einem großen Nutzen für die unsympathischen Akteure.

EUWIS:

Wenn ihr euch die aktuelle politische Situation in Deutschland und Europa und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien anschaut: Wie beurteilt ihr die Situation und was ist aus eurer Sicht zu tun, um diese Entwicklung umzukehren?

AKTION 3. WELT SAAR:

Um das Richtige zu tun, muss man die richtige Analyse anwenden: Nazis – auch die, die soft auftreten – handeln nicht aus Versehen. Sie haben ein Ziel. Sie wollen herrschen und ausgrenzen. Die ökonomischen Krisen spitzen sich zu und bei diesem Wirtschaftssystem heißt das, dass Egoismus und die Ausgrenzung von Schwächeren, also Sozialdarwinismus, als Krisenlösung angeboten werden. Relevant für jede Gegenbewegung ist es, den Fokus auf Gemeinschaft zu legen, jeder Form von Ausgrenzung von Menschen zu widersprechen und in tausendundeiner Alltagssituation Haltung zu zeigen. Zudem sollten zivilgesellschaftliche Gruppen endlich aufhören, ständig nette Projekte durchzuführen und es stattdessen mal mit Politik versuchen. Wer uns bei dieser Suche begleiten möchte, ist herzlich eingeladen – Fehler nicht ausgeschlossen. ■



Mitarbeiter:innen der Aktion 3. Welt Saar nahmen seit November 2022 an allen 66 Tagen der beiden Verfahren als unabhängige Prozessbeobachter:innen teil. Sie gaben Medien Auskunft, standen für Interviews zur Verfügung und erstellten Berichte, die für die Öffentlichkeit „kostenlos“ sind: www.a3wsaar.de

All dies kostet eine Stange Geld, die fünfstellig ist. Wer dies unterstützen möchte, kann Fördermitglied der Aktion 3. Welt Saar werden oder spenden: DE39 5901 0066 0001 5106 63